



**WEBINAR-
DOKUMENTATION**

CHANCEN- GLEICHHEIT AN HOCHSCHULEN

Vor welchen Herausforderungen stehen die bayerischen Hochschulen in Zeiten von Corona?

Chancengleichheit an Hochschulen

Vor welchen Herausforderungen stehen die bayerischen Hochschulen in Zeiten von Corona?

Chancengleichheit an den bayerischen Hochschulen stellt eine Kernforderung Grüner Hochschulpolitik dar. Unter den Bedingungen der Corona-Pandemie und der sie begleitenden Maßnahmen mehren sich aktuell die Anzeichen, dass sich die bestehende Bildungsungleichheit nicht nur an den Hochschulen, sondern im gesamten Bildungssektor – von den Kitas über die Schulen bis zur Erwachsenenbildung – noch einmal deutlich verstärkt hat und bereits Erreichtes verloren zu gehen droht.

Aus diesem Grund diskutierten Verena Osgyan, die wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecherin der grünen Fraktion im Bayerischen Landtag, und Eva Lettenbauer, frauenpolitische Sprecherin, mit ausgewählten Expert*innen, welche Auswirkungen die Pandemie auf Chancengerechtigkeit und Gleichstellung an den Hochschulen hat. Was erwarten Wissenschaft, Hochschulen und Studierende gerade von der Politik? Wie kann die Politik diesen Erwartungen und Ansprüchen Genüge tun?

Zur Diskussion eingeladen waren:

Dr. Margit Weber, Frauenbeauftragte der Ludwig-Maximilians-Universität München und Landessprecherin der Landeskongress der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen. Sie berät alle Wissenschaftlerinnen und Studentinnen der LMU bei Gleichstellungs- und Genderfragen, Diskriminierungen und sexueller Belästigung im Wissenschaftsbetrieb, zu wissenschaftlicher Karriere, Vertragsverlängerungen bei Mutterschutz und Elternzeit, finanziellen Fördermöglichkeiten, Kinderbetreuung und Work-Life-Balance.

Prof. Dr. Janna Teltemann, Bildungsforscherin und Soziologin an der Universität Hildesheim. Sie hat im April 2020 mit vier Kolleginnen aus der Bildungsforschung eine Stellungnahme zur Leopoldina-Empfehlung „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“ initiiert, die von 43 Professorinnen gezeichnet wurde (siehe Anlage).

Carina Steyerer, Sprecherin der Landes-ASten-Konferenz, vertritt mit der Landes-ASten-Konferenz 47 Studierendenvertretungen in ganz Bayern. Die LAK Bayern hat die Positionen der Studierendenvertretungen in einem Beschluss „Ausgestaltung des Sommersemesters 2020“ zusammengefasst (siehe Anlage).

Prof. Dr. Paul Pauli, Lehrstuhlinhaber für biologische und klinische Psychologie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Er arbeitet derzeit an einer Studie zum Thema „Studieren in Coronazeiten“, die Informationen über die aktuellen Ängste und Empfindungen, die momentane berufliche und persönliche Lebenssituation Studierender und ihre Mediennutzung zu sammeln, um auf diese Weise herauszufinden, wie die psychische Widerstandsfähigkeit in herausfordernden Zeiten wie diesen gefördert werden kann (siehe Anlage).

Begrüßung durch Verena Osgyan, Wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion

Eingangs verdeutlichte Verena Osgyan, dass die Corona-Pandemie zunächst all diejenigen Punkte, die an den Hochschulen bei diesem Thema schon länger im Argen lagen, brennglasartig zu Tage fördert. Am dringlichsten geht es politisch zwar nach wie vor darum, die direkten Folgen der Corona-Krise abzufedern. Gleichzeitig bietet sich nun aber auch die Chance, daraus die richtigen Lehren zu ziehen und die strukturellen Voraussetzungen für echte Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Denn bereits vor der Pandemie bestand ein enger Zusammenhang von Bildungschancen mit sozialer Herkunft und finanziellem Hintergrund: So kommen nur 28 % der Studierenden aus einem Elternhaus ohne akademischen Hintergrund. Nahezu 50 % der Studierenden sind weiblich, aber nur 20 % der Professuren sind mit Frauen besetzt. Schon vor der Krise lag die Quote der Studienabbrecher*innen, die wegen ihrer sozialen oder finanziellen Lage ihr Studium aufgaben, bei etwa einem Drittel. Dies ergab eine Anhörung im Bayerischen Landtag in der letzten Legislaturperiode.

Aus ihrer Sicht ergeben sich daraus mindestens drei verschiedene Dimensionen, die beim Thema Chancengerechtigkeit an Hochschulen und in der Wissenschaft jetzt noch einmal verstärktes Augenmerk erfordern.

Finanzielle Auswirkungen und Zugangshürden für Studierende

Besonders von den Umständen der Pandemie betroffen sind die Studierenden, die sich ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren müssen: Nur etwa 13 % aller Studierenden sind BAföG-berechtigt. Etwa 68 % der Studierenden arbeiten neben ihrem Studium für ihren Lebensunterhalt. Die meisten dieser Zuverdienste sind ersatzlos weggefallen und BAföG allein reicht nicht aus – wenn es überhaupt gezahlt wird.

Die soziale Situation vieler Studierender gerät durch die Corona-Pandemie in eine gewaltige Schiefelage. Auch internationale Studierende sind von der Krise betroffen – entweder kommen sie gar nicht erst ins Land oder die Unterstützungsmöglichkeiten fallen weg. Vielen Studierenden, aber auch manchen Lehrenden fällt es schwer, bei der abrupten Umstellung auf digitale Lehre im Sommersemester 2020 mithalten zu können. Die Digitalisierung der Hochschulen muss nun insgesamt schnellstmöglich auf eine feste Basis gestellt werden.

Am Anfang der Krise wurde aus Kreisen der Wissenschaftsministerkonferenz eine unbürokratische Grundsicherung für Studierende zugesagt, doch diese Ankündigung wurde nicht gehalten, stattdessen vom BMBF eine Kreditlösung vorgelegt.

Es stellt gerade für nichttraditionelle Studierende eine große Hürde dar, Kredite aufzunehmen, um diese Zeit zu überbrücken. Die Möglichkeit, nun über die Studierendenwerke eine Überbrückungshilfe von maximal 500 Euro für drei Monate zu beantragen, kommt zu spät und ist außerdem völlig ungenügend.¹

¹ Studierende in akuter Notlage können die Überbrückungshilfe ab Dienstag, 16.6., um 12 Uhr mittags in einem bundesweit zugänglichen, einheitlichen Online-Tool beantragen. Dafür hat das Deutsche Studentenwerk (DSW) als Dachverband der deutschen Studentenwerke ein eigenes Portal geschaffen: www.ueberbrueckungshilfe-studierende.de

Antragsberechtigt sind Studierende aus dem In- und aus dem Ausland, die an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland immatrikuliert sind. Die Anzahl der Semester oder das Alter sind keine Ausschlussgründe. Entscheidend ist die nachgewiesene, akute pandemiebedingte Notlage.

Nicht antragsberechtigt sind Studierende an Verwaltungsfachhochschulen oder Bundeswehrhochschulen, Studierende im berufsbegleitenden Studium bzw. dualen Studium, Gasthörer/innen sowie Studierende an staatlich nicht anerkannten Hochschulen. Über das Portal werden die Anträge der Studierenden automatisch an das für sie zuständige Studenten- oder Studierendenwerk weitergeleitet. Die Anträge werden ab dem 25. Juni 2020 von den 57 im DSW organisierten Studenten- und Studierendenwerken bearbeitet und ausgezahlt. Je nach nachgewiesener Bedürftigkeit können zwischen 100 Euro und 500 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuss gezahlt werden. Die Überbrückungshilfe kann jeweils für die Monate Juni, Juli und August 2020 beantragt werden. Entscheidend ist der Kontostand vom Vortag der Antragsstellung. Wer beispielsweise noch 200 Euro auf dem Konto hat, kann für den Monat der Antragsstellung 300 Euro Überbrückungshilfe erhalten.

Die Landtagsfraktion der Grünen hat deshalb bereits Anfang April in einem Antrag von der Staatsregierung einen Schutzschirm für bedürftige Studierende gefordert, damit niemand sein Studium unterbrechen oder ganz abbrechen muss. Dass die Studierenden sich im Stich gelassen fühlen und nun am Ende ihrer Geduld sind, zeigen die bundesweiten Studierendenproteste, die am Montag den 08.06.2020 ihren Anfang nahmen und es sogar in die Tagesschau geschafft haben, nun deutlich.

Verschärfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft

Ebenso sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau der Hochschulen schon lange ein Thema. Die Unsicherheiten, welche sich durch befristete Beschäftigungsverhältnisse und Lehraufträge ergeben, werden durch die Corona-Pandemie jedoch noch verschärft, weil die eigene wissenschaftliche Qualifizierung nur eingeschränkt möglich ist bzw. Lehraufträge durch Ausfall des Präsenzunterrichtes ggf. nicht zustande kommen. Es herrscht eine große Unsicherheit, ob befristete Verträge verlängert und Honorare weitergezahlt werden – die letzte Frage betrifft vor allem die Lehrbeauftragten und hier wiederum besonders diejenigen an den Musik- und Kunsthochschulen.

Geschlechtergerechtigkeit und psychosoziale Auswirkungen

Neben den finanziellen und personellen Auswirkungen stellt auch die Verlegung des Studiums und der Lehre ins Home-Office ein Problem dar. Wenn im Haushalt Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu betreuen sind, die während des Lock-Downs nicht in die Kitas gehen oder von Pflegekräften versorgt werden konnten, ist die Konzentration auf das Studium oder die Lehrtätigkeit stark beeinträchtigt. Frauen übernehmen – wie so oft in Krisenzeiten – den Großteil der Care-Aufgaben und werden verstärkt wieder auf traditionelle Rollenbilder zurückgeworfen. Dies wirkt sich anscheinend auch negativ auf die Publikationsleistungen von weiblichen Wissenschaftlerinnen aus, die in den letzten Wochen stark zurückgegangen sind. Hier deuten sich Nachteile hinsichtlich der künftigen Karriere- und Berufungschancen an, zumal gerade in Bayern bereits in den letzten Jahren nur wenige Fortschritte beim Frauenanteil an den Professuren zu erzielen waren – von 2018 auf 2019 ist die Zahl der Habilitationen von Frauen z.B. sogar wieder um 9,2 % gesunken. Das gilt es weiter zu beobachten und zu evaluieren.

Die GRÜNE Landtagsfraktion hat vor kurzem in einem Antragspaket die Staatsregierung aufgefordert, insgesamt vier Studien in Auftrag zu geben, um zu prüfen, welche psychosozialen Folgen die Corona-Maßnahmen auf die frühkindliche Bildung, auf die Schulen und eben auch auf Studierende an bayerischen Hochschulen zeigen und welche Auswirkungen sich auf die Chancengerechtigkeit im Hochschulsystem und die Situation von Frauen insgesamt abzeichnen.

Begrüßung Eva Lettenbauer, *Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, Frauen und Jugend*

Angesichts der Krise zeigt sich, wie wichtig Frauenpolitik ist und wie leicht Fortschritte rückgängig gemacht werden können. Vor allem der Bereich der unbezahlten, privaten Sorgearbeit ist massiven Rückschritten ausgesetzt. Eva Lettenbauer verweist auf die Soziologin Prof. Dr. Jutta Allmendinger², die von einer Retraditionalisierung spricht sowie auf die Studie der Böckler-Stiftung³. Nur 60 % der Paare mit Kindern unter 14 Jahren teilen sich demnach die Sorgearbeit, bei Paaren mit einem Haushaltseinkommen unter 2.000 Euro sind es nur 48 %. Laut Eva Lettenbauer braucht es Fortschritte und keine Rückschritte in diesem Punkt.

Im Bereich des Öffentlichen Dienstes und auch der Hochschulen sorgt auch der Freistaat nicht für Geschlechtergerechtigkeit. Frauen verdienen im Öffentlichen Dienst immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen – das betrifft auch Zusatzleistungen.

Die Grünen wollen die Ungerechtigkeiten und die gläserne Decke für Frauen durchbrechen. Die gezielte Stärkung der Frauen im Hochschulbereich sollte durch ein Kaskadenmodell erreicht werden. Das Kaskadenmodell sieht vor, dass die Anteile von Wissenschaftlerinnen in den jeweiligen Karriere-stufen den Anteil der darunter liegenden Qualifikationsstufe erreicht⁴.

Berufungsverfahren müssen gendersensibler werden – deshalb sollte es zur Stärkung der Mitbestimmung eine Frauenquote von mind. 40 % in den Berufungskommissionen geben (Beispiel Bundesland Brandenburg) und auch Frauenbeauftragten muss ein Stimmrecht in den Sitzungen der Hochschul-gremien eingeräumt werden. Darüber hinaus benötigen Frauenbeauftragte eine deutliche Reduzierung des Lehrdeputats und eine Finanzierung für zusätzliche Mitarbeiter*innen, damit sie ihre eigene wissenschaftliche Karriere weiterverfolgen können.

Bayern hat aktuell das schwächste Gleichstellungsgesetz aller Bundesländer. Es bietet keine wirk-samen Sanktionsmöglichkeiten bei Diskriminierungen im öffentlichen Dienst, es gibt keine Verpflichtung für kleine Dienststellen, eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n zu benennen und oft liegt noch nicht mal ein Gleichstellungskonzept vor.

Eva Lettenbauer verweist an dieser Stelle noch einmal auf die vier von der grünen Fraktion im Land-tag beantragten Studien u. a. zur „Gleichstellung und Chancengerechtigkeit von Frauen während der Corona-Pandemie“ und eröffnet die Expert*innenrunde.

² <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rolle-entwicklung>

³ <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ruckschritt-durch-corona-23586.htm>

⁴ <https://www.gruene-bundestag.de/themen/frauen/frauenanteil-in-der-wissenschaft-in-deutschland-weit-hinter-eu-durchschnitt>

Statement Carina Steyerer

In ihrem Eingangsstatement bestätigte Carina Steyerer als Sprecherin der Landes-ASTen-Konferenz die skizzierte Problemlage und betont die Wichtigkeit der Chancengleichheit an Hochschulen. Gerade die finanziellen Unsicherheiten und das Ausbleiben zufriedenstellender Lösungen wie einer Grundsicherung führten bei den Studierenden zu großer Unzufriedenheit und Unsicherheit.

Die Umstellung auf digitale Lehre stelle die Studierenden vor große Herausforderungen. Die sonst übliche Präsenzlehre bedeute im Grundsatz gleiche Startchancen für Studierende. Der Erfolg digi-taler Lehre hänge aber auch von der zur Verfügung stehenden technischen Ausstattung der Studie-renden ab und werde durch Rahmenbedingungen beeinträchtigt (ggf. enger Wohnraum, Qualität von Internetverbindungen bzw. Kapazitäten v. a. in Wohngemeinschaften).

Auch Studierende mit Kindern oder pflegende Studierende würden vor Probleme gestellt, denn wenn Vorlesungen nur als synchrone Angebote von Lehrenden zur Verfügung gestellt würden, ist dies nicht immer mit dem Tagesablauf vereinbar. Die Landes-ASTen-Konferenz hat deshalb den Beschluss gefasst, eine Aufzeichnung der Vorlesungen und Seminare zu fordern, damit diese auch dauerhaft bzw. zu einem späteren Zeitpunkt abrufbar sind.

Natürlich sind die finanziellen Engpässe ein wichtiges Thema, da Studierende keine Sozialleistungen beantragen können. Als Handlungsfeld nannte Carina Steyerer zudem die anstehenden (größtenteils digitalen) Prüfungen und die Durchführung des Wintersemesters. Es ist notwendig, den Studierenden schnellstmöglich Perspektiven und damit größere Planungssicherheit zu bieten. So müssten u. a. allen Studierenden an den Hochschulen bei Einhaltung eines Hygienekonzepts geeignete Lernräume zur Verfügung gestellt werden.

Die Krise birgt ein hohes Risiko, dass die Chancenungleichheit wächst.

Statement Professor Dr. Paul Pauli

Der Forschungsschwerpunkt von Prof. Dr. Pauli ist das Thema „Emotionen“ und damit einhergehend die Themen affektive Störungen, Angststörungen und Depressionen. Sein Team hat sich deshalb sehr früh entschlossen, das Thema hinsichtlich der sozialen Belastung und der Auswirkungen von „Social Distancing“ auf Studierende zu untersuchen, da sie sich in einer Lebensphase befinden, in welcher sozialer Kontakt besonders wichtig ist. In einer Querschnittsuntersuchung wurden im April 2020 – während des Lock-Downs – Daten zum emotionalen Befinden und sozialen Situationen von über 4.000 Studierenden an der Würzburger Universität, der Würzburger Musikhochschule und der Hochschule Würzburg-Schweinfurt erhoben ⁵ (siehe Anlage).

- 57% erleben oder erwarten negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre psychische/emotionale Befindlichkeit (61% der weiblichen und 49% der männlichen Studierenden).
- 54% erleben oder erwarten negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre Zukunftspläne (66% der ausländischen Studierenden).
- 30% erleben oder erwarten negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre finanzielle Situation (39% der ausländischen Studierenden)

Die Erhebung zeigt, deutlich, dass vor allem Frauen negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihr Befinden aufgrund der Pandemiesituation und des Lock-Downs angaben. Frauen zeigten höhere Angst- und Depressivitätswerte, fühlen sich der Pandemie weniger gewachsen und hätten größere Sorgen, in finanzielle Nöte zu geraten. Als weitere Risikogruppe, die in besonderer Weise von der Pandemie und den Maßnahmen des Lock-Downs betroffen ist, erwiesen sich die internationalen Studierenden, die auch verstärkt mit negativen Auswirkungen auf ihre finanzielle Situation rechneten.

Studierende, die sich selbst finanzieren, haben deutlich größere Sorgen um ihre Zukunft und in dieser Gruppe vor allem Alleinerziehende. Sich selbst finanzierende Frauen sind besonders stark von Ängsten betroffen. Auch alle Mitarbeiter*innen mit Zeitverträgen (Hilfskräfte, Doktorand*innen) haben große Bedenken, dass die Qualifikationsziele nur erschwert erreicht werden können. Die digitale Lehre wurde in der Studie insgesamt aufgrund der Flexibilität positiv bewertet, jedoch würden Studierende in Fächern mit hohen praktischen Anteilen wie Laborarbeit oder in der Musikausbildung die Umstellung auf digitale Formate als besondere Herausforderung wahrnehmen. 10% der Studierenden erwarten zusätzliche Kosten für technische Ausstattung und Mehraufwand für spezielle Technik (z.B. hohe Audioqualität für Musiker*innen).

Die Studie soll weitergeführt werden, d.h. dieselben Studierenden werden im Frühjahr 2021 nochmal befragt, um zu erforschen, welche Gruppen gut und welche weniger gut durch die Krise gekommen sind.

⁵ <https://www.uni-wuerzburg.de/aktuelles/pressemitteilungen/single/news/studieren-in-coronazeiten-1/>

Frage Teilnehmer*innen: Wurden in der Studie auch Studierende berücksichtigt, die sich in einer studentischen Interessensvertretung engagieren?

Antwort Prof. Dr. Paul Pauli: Dazu gab es keine Erkenntnisse, da keine speziellen Kleingruppen befragt wurden und die Anonymität der Datenerhebung so auch nicht zu gewährleisten gewesen wäre.

Frage Teilnehmer*innen: Kann man aus dem Studienergebnis, dass Frauen mehr Ängste haben, den Rückschluss ziehen, dass Frauen tatsächlich stärker von der Krise betroffen sind?

Antwort Prof. Dr. Paul Pauli: Wir müssen einfach akzeptieren, dass die Befragten diese Emotionen geäußert haben, aber ob die Ursache dafür ein Genderrollenbild ist, kann nicht beurteilt werden.

Statement Prof. Dr. Janna Teltemann

Prof. Teltemann verweist darauf, dass ihr Forschungsschwerpunkt fachlich nicht auf Chancengleichheit an Hochschulen, sondern in der Erforschung von Bildungsungleichheiten im Bereich der sekundären Schulbildung liege, sie dieses Thema aber in den letzten Wochen in der Praxis verstärkt beobachtet habe.

Sie erörtert zunächst Genese und Zielrichtung des von ihr mitinitiierten Kommentars zur Ad-Hoc-Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie - Die Krise nachhaltig überwinden“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina vom 13.4.20⁶. Die Road-Map habe die Situation von Kita-Kindern und deren Eltern ignoriert und war für viele ein Schlag in das Gesicht. Sie hat sich mit vier Professorinnen zusammengeschlossen, die ebenfalls zu frühkindlicher Bildung forschen. Symbolisch sollte dem etwas entgegengestellt werden, vor allem weil die Leopoldina-Kommission mit einem Frauenanteil von nur 8 % (24 von 26 Expert*innen waren Männer) besetzt war.

Die Öffnungen sind seitdem vorangeschritten, aber der Flickenteppich von Regelungen innerhalb von Kommunen und Bundesländern hat willkürliche Züge. In der Öffentlichkeit entsteht jedoch der Eindruck, dass sich langsam alles normalisiert. Aber uns müsse klar sein, dass der Normalzustand in (vor-)schulischen Bildungseinrichtungen auf lange Sicht nicht zu erwarten ist – allenfalls ein „eingeschränkter Regelbetrieb“. Das bedeutet, die Familien stehen weiter unter Druck, den Alltag zu organisieren. Die wochenlangen Eingriffe in die Grundbedürfnisse und Grundrechte der Kinder hätten dramatische Auswirkungen, die sich erst mittel- und langfristig in ihrem vollen Ausmaß abzeichnen würden (Mangel an sozialen Kontakten, Fehlen des sozialen Lernens, Bewegungsmöglichkeiten, Ernährungsroutinen). Die Eltern können kaum noch den Umfang ihrer Belastung und Sorgen formulieren – es herrscht Fassungslosigkeit.

Sie sieht ebenfalls die eklatanten Ungleichheiten in der Geschlechterverteilung auf der Bildungs- und Karriereleiter in vielen akademischen Fächern. Insgesamt liege der Frauenanteil von Professuren bundesweit lediglich bei 25 % (in Bayern bei 20 %), obwohl 50 % der Studierenden weiblich seien. Zwar seien die Hochschulen seit Jahren um Geschlechtergleichstellung bemüht, nun würden sie in diesen Bemühungen um Jahre zurückgeworfen.

⁶ https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf

Auch Zeit für Qualifizierungen ist kaum noch da: Die Qualifikant*innen an den Hochschulen mit befristeten Verträgen und Lehrverpflichtung erfahren eine hohe Belastung durch die aufwendige digitale Lehre und leiden unter dem Druck. Erschwerend kommt hinzu, dass das Zeitfenster, in welchem eine wissenschaftliche Karriere aufgebaut werden kann – also im Alter zwischen Anfang 30 und Anfang 40 – parallel zum „biologischen“ Zeitfenster der Familienplanung liegt (es gibt ein Höchstalter für Erstberufungen).

Kleine Maßnahmen würden in dieser Situation nicht helfen; es müssen neue Ideen her und größer gedacht werden, um Ungleichheiten im Hochschulsystem aufzulösen – z .B. im Stellenbesetzungsverfahren. Das Thema wird uns noch lange beschäftigen.

Statement Dr. Margit Weber

Auch Dr. Margit Weber betonte diesen Aspekt: gerade Nachwuchswissenschaftler*innen mit Sorgeverantwortung seien durch die Pandemie besonders betroffen und fühlen sich vergessen. Sie berichtete über die Reaktionen der Hochschulleitungen auf die Corona-Pandemie. Im Krisenmanagement sei der Fokus gewesen, den Betrieb unter allen Umständen irgendwie zu Gunsten der Studierenden aufrecht zu erhalten. Es wurde größtmögliche Flexibilität bei der Umsetzung gefordert – aber keine konkreten Anleitungen ausgegeben, sondern an die dezentrale Ebene delegiert. Gleichstellungsthemen, z.B. die Situation von dozierenden Eltern und erziehenden Studierenden, hätten in dieser Zeit bei den Hochschulleitungen und Hochschulverbänden kein Gehör gefunden und Fragen wurden nicht beantwortet. Die Transparenz der Kommunikationsstruktur war schon vor Corona mangelhaft – mit Corona hat sich die Situation nicht verbessert. Die Hochschulen müssen nicht nur in den Bereichen Forschung und Lehre innovativ sein, sondern auch Innovationen im Miteinander schaffen. Dadurch würden Menschen in einer positiven Atmosphäre ausgebildet und können diese Erfahrung in die Gesellschaft einbringen.

Das Leitungspersonal der Hochschulen hat nicht immer Fürsorge und Unterstützung bei Nachwuchswissenschaftler*innen gezeigt. Es gab wenig Statements von Hochschulleitungen, dass sie die Ängste und Sorgen ernst nehmen und sie die Belastung der Studierenden und Nachwuchskräfte registrieren. Dr. Weber konnte nicht nachvollziehen, warum die Anerkennung der Systemrelevanz von Hochschulen nicht vehementer eingefordert wurde – dadurch wären ggf. Mittel zur Unterstützung frei geworden.

Gleichstellung war noch nie ein relevantes Thema des Wissenschaftssystems – auch historisch bedingt. Die Entscheidungen werden von Männern für Männer aus einer männlichen Perspektive gefällt. Wissenschaftler*innen mit Familie kommen in diesem System einfach nicht vor und wurden dementsprechend nicht mitgedacht.

Die Probleme in der Corona-Pandemie wurden von der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten schon früh angesprochen (Betreuung, Deputatsproblematik, technische Ausstattung, befristete Verträge). Das Wissenschaftsministeriums war nach der Erfahrung von Dr. Weber eher offener für Probleme als die Hochschulverbände. Die Gendergerechtigkeit darf gerade jetzt nicht vergessen werden – wir müssen wachsam sein.

Jetzt gilt es, das Thema Gleichstellung im Sinne einer von Diversität geprägten Hochschule wieder zu fördern.

Fragen der Teilnehmer*innen

Wurden in der Studie außer Frauen auch andere Gruppen identifiziert, die sich besorgt gezeigt haben, z.B. ausländische Studierende oder Studierende aus sozial schwachen Umfeldern. Gibt es dafür schon Lösungsansätze?

Antwort Prof. Dr. Paul Pauli: Besonders betroffen waren ausländische Studierende, da soziale Kontakte (Freunde, Familie) vor Problemen psychischer Art schützen und diese im Ausland oft fehlen. Es wurde darauf reagiert, indem das Institut von PP eine Sprechstunde mit englischsprachigen Psychotherapeut*innen eingerichtet hat.

Haben Sie Handlungstipps, Orientierungsmöglichkeiten für berufsbegleitende Studierende, die z.B. mit dem Thema Pflege und Rettung zu tun haben?

Antwort Prof. Dr. Paul Pauli: Man sollte die Belastung erkennen, in sich hineinhören und Hilfe suchen – zuerst im sozialen Umfeld (Freunde, Partner) und ggf. bei Profis. So schützt man sich vor langfristigen Auswirkungen, die zu einem späteren Zeitpunkt schwerer zu therapieren sind. Wichtig ist, frühzeitig zu reagieren.

Aus welchem Grund sind denn gerade an Hochschulen Frauen betreuerisch tätig gewesen und eher zu Hause geblieben als ihre männlichen Partner – ist das nicht ein Phänomen in Schichten mit niedrigerem Bildungsniveau?

Antwort Dr. Margit Weber: Die Rückmeldung der Wissenschaftler*innen war zu 85 %, dass die Partnerschaft vor Corona angeblich egalitär geprägt war und in Coronazeiten nicht mehr. Nach Ansicht von Dr. Weber konnten aber die Unterstützungssysteme in „normalen Zeiten“ verschleiern, dass es doch keine so gleichberechtigte Beziehung war. Modern anmutende Paare haben sich noch nicht damit auseinandergesetzt. Der Besserverdiener – meist der Mann – geht seiner Arbeit weiter nach und die Frau macht die Hausarbeit. Das Rollenbild der Frau ist immer noch traditionell geprägt – in dieser Krise zeigt sich das ganz klar auch bei den Nachwuchswissenschaftler*innen.

Antwort Prof. Dr. Janna Teltemann: Wir haben es mit einer Bildungshomogamie in Partnerschaften zu tun, d.h. Wissenschaftler*innen sind oft mit Wissenschaftler*innen zusammen. Familie und wissenschaftliche Karrieren beider Partner sind schwer zu vereinbaren – zwei unbefristet volle Stellen am gleichen Unistandort und dazu Familie – das ist sehr selten zu finden. Meist hat nur ein*r den 100 % Vertrag und deshalb ist auch im hochgebildeten Bereich die Familienaufteilung oft traditionell.

Antwort Prof. Dr. Paul Pauli: Gerade in Krisenzeiten werden oft alte Verhaltensweisen aufgerufen und keine unbekanntenen Konzepte ausprobiert.

Welche Mechanismen kontrollieren die Institutionen bzw. die Vorgesetzten, die nicht gleichberechtigungswillig sind?

Antwort Dr. Margit Weber: Man muss Missstände immer ansprechen – wir sind verpflichtet, den Finger in die Wunde zu legen und das Bewusstsein für Ungleichheit schaffen. Wir müssen die Diskriminierung und die Chancengerechtigkeit klarmachen und auf das Hochschulgesetz bzw. Artikel 3 des Grundgesetzes verweisen. Aber Sanktionen, wenn es nicht ein rechtlicher Tatbestand ist, haben wir nicht zur Hand. Wir diskutieren als Frauenbeauftragte seit 30 Jahre dieselben Probleme, aber es geht angesichts der Fakten nicht voran. Dr. Weber hat den Eindruck, dass bisher auch der Wille zur Gleichstellung noch nicht überall verankert ist, da sich dadurch Machtverhältnisse ändern werden.

Wie können jetzt die Nachwuchswissenschaftler*innen mit Familienaufgaben weiter im Sinne der Chancengerechtigkeit vertreten werden und Uni Bayern e.V. im Sinne der Gleichstellung zu Maßnahmen zwingen?

Antwort Dr. Margit Weber: Ich verstehe, dass die Hochschulpräsident*innen sich zu Beginn der Krise darauf fokussiert haben, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Aber sie hätten auf die Zurufe der zuständigen Stellen z.B. bei der Frage nach der Deputatsreduktion konkret mit Maßnahmen reagieren müssen und sie nicht abschwächen dürfen. Wenn ein Signal gekommen wäre, dass die Bedenken ernst genommen werden und mehr Wertschätzung und Empathie gezeigt worden wäre, wären die Probleme nicht so, wie sie jetzt sind. Die Uni Bayern e. V. muss mit der Politik besser ins Gespräch kommen und Verantwortlichkeiten dürfen nicht hin- und hergeschoben werden.

Ab wann ist die Studie von Prof. Pauli verfügbar und wurden auch ältere Teilnehmer*innen/ Lehrbeauftragte berücksichtigt? Werden auch Verwaltungsangestellte in einer späteren Studie berücksichtigt.

Antwort Prof. Dr. Paul Pauli: Die vollständige Auswertung ist noch in Arbeit – bisher wurde nur eine Pressemitteilung zu den Kernergebnissen veröffentlicht. Eine vergleichbare Studie von Pflegepersonal an Kliniken ist gemacht worden. Im Verwaltungsbereich ist eine solche Studie nicht geplant.

Ist das Sommersemester 2020 in Hinblick auf Chancengerechtigkeit schon verloren oder gibt es noch Stellschrauben v.a. in Prüfungsfragen? Welche Maßnahmen sind von Seiten Landes-ASten-Konferenz geplant und wie erreichen wir eine fürsorgliche Hochschule?

Antwort Carina Steyerer: Die LAK hat Freiversuche bei Prüfungen gefordert und das Ministerium hat die Hochschulen angewiesen, die Möglichkeiten zu prüfen. An manchen Hochschulen kann man Noten annullieren und sie verbessern. Da wird schon an die Chancengerechtigkeit gedacht. LAK setzt sich für gerechte Prüfungsmodalitäten und Finanzierung für Studierende ein. Die Prüfungsfristen selbst wurden nun zwar verlängert und die damit zusammenhängenden sozialen Aspekte werden berücksichtigt, aber andere Aspekte wie Wohnheimplätze, BAFÖG und Stipendien hängen auch mit der Regelstudienzeit zusammen. Dafür werden nun geeignete Maßnahmen gesucht, wenn Studierende die Zeit nicht einhalten können.

Antwort Dr. Margit Weber: Das Thema Prüfung ist ganz klar im Fokus der Hochschulen, die sich dafür einsetzen, dass das gut abläuft. Die Fürsorge und Solidarität ist hier schon vorhanden.

Was kann die Universität und die Wissenschaft dazu beitragen, die Schulöffnungen zu befördern?

Antwort Prof. Dr. Janna Teltemann: Das Infektionsgeschehen in Kitas und Schulen haben wir so nicht beobachten können. Wir sind sehr gut mit den vorsichtigen, strikten Schutzmaßnahmen der Politik gefahren, aber letztendlich hat der Bildungsbereich auf allen Ebenen stark geblutet. Schäden, die im Bildungsbereich verursacht worden sind, können nicht so akkurat beziffert werden wie bei einem Wirtschaftsunternehmen. Wir können nicht Milliarden in die Hand nehmen und dann ist das Größte behoben. Es muss einem klar sein, dass das, was jetzt an Schäden produziert wird, sich erst in Jahren oder Jahrzehnten zeigt. Das muss man deutlich machen und wir müssen das Infektionsrisiko eingehen, darauf muss man reagieren und die Testungen ausweiten, um die negativen Folgen auffangen zu können. Es ist ein Risiko, aber wir müssen es eingehen da mit allem, was wir haben – von Contact Tracing bis Testungen – versuchen, zu unterstützen.

Abschluss

Verena Osgyan betonte, dass die Politik sich nun weiter, z.T. auch sehr kleinteilig mit der Abfederung der mannigfaltigen Corona-bedingten Problemlagen auseinandersetzen muss, um diese strukturiert abzarbeiten, für das Thema Chancengerechtigkeit aber insgesamt eine systemische Lösung angestrebt werden soll. Zunächst müssten nun konkrete Erkenntnisse gewonnen werden, an welchen Stellen und in welchem Umfang Chancengerechtigkeit und Gleichstellung aufgrund der Pandemie beeinflusst wurden.

Wir alle müssen aber insgesamt lernen, zukünftig noch genauer hinzuschauen und noch vehementer entsprechende ordnungspolitische Leitplanken einzufordern.

Anhänge

Anträge von Bündnis 90/Die Grünen zur Corona-Forschung

- Chancengleichheit und psychosoziale Auswirkungen des Lockdowns I:
Situation von Kindern und Familie
- Chancengleichheit und psychosoziale Auswirkungen des Lockdowns II:
Gleichstellung und Chancengerechtigkeit von Frauen während der Corona-Pandemie
- Chancengleichheit und psychosoziale Auswirkungen des Lockdowns III:
Situation von Studierenden an bayrischen Hochschule
- Studie zur Gleichstellung und Chancengerechtigkeit von Frauen
während der Corona-Pandemie

Landes-ASTen-Konferenz Bayern: Beschluss Ausgestaltung des Sommersemesters 2020

Prof. Dr. Paul Pauli: Pressemitteilung „Studieren in Coronazeiten“, JMU Würzburg

Prof. Dr. Janna Teltemann: Kommentar zur Ad-Hoc-Stellungnahme der Leopoldina

Stand: 10. Juni 2020



KONTAKT:

**Verena Osgyan, MdL, stv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Wissenschaft und Hochschulpolitik
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München**

Tel.: 089 4126-2574

Tel.: 089 4126-1574

verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de

Abgeordnetenbüro Nürnberg
Kaiserstraße 17, 90403 Nürnberg

Tel.: 0911 27426281

Fax: 0911 27426282